

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe**

39. Sitzung  
23. September 2024

Beginn: 14.05 Uhr  
Schluss: 16.13 Uhr  
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), zeitweise Tuba Bozkurt (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Tamara Lüdke** (SPD) fragt, mit welchen Maßnahmen der Senat die Clubs zu unterstützen beabsichtige, um Berlins Clubszene zu stärken.

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) nimmt Bezug auf die angekündigte Schließung des Clubs Watergate. Wie es um die Clubszene bestellt sei, sei auch eine wichtige wirtschaftspolitische Frage. SenWiEnBe sei an guten Rahmenbedingungen für die Clubs in Berlin interessiert. Am Freitag werde ein Runder Tisch mit Akteuren der Clubszene stattfinden, um zu besprechen, wie der Standort gestärkt und die Nachtökonomie nach vorne gebracht werden könne. Sie verweise auf die Studie zur Nachtökonomie, die auch Maßnahmen zu deren Stärkung enthalte. Die Akzeptanz von Clubs hänge mit der Gewährleistung von Schallschutz zusammen. Das Schallschutzprogramm sei im November 2018 gestartet. Mittlerweile hätten 48 Clubs gefördert werden können. Insgesamt seien über 2,7 Mio. Euro geflossen. Die Verträglichkeit im Kiez habe sich dadurch deutlich verbessert. Die Zusammenarbeit mit der Clubcommission sei vereinbart. Die Nachtökonomie sei auch für den Tourismus von großer Bedeutung, allerdings habe sich das Kundenverhalten verändert. Viele Billigflieger seien nicht mehr im Angebot. Erhöhte Eintrittspreise führten dazu, dass weniger Club-Hopping stattfinde. Darauf könne SenWiEnBe nur begrenzt Einfluss nehmen. Die Clubs hät-

ten weiterhin Strahlkraft für die Anziehung von Talenten und jungen Menschen, seien aber mit steigenden Gewerbemieten konfrontiert, die SenWiEnBe nicht beeinflussen könne. Hinzu kämen Personalmangel und gestiegene Kosten, sodass sich in der Szene etwas verändere.

**Tamara Lüdke** (SPD) stellt die Nachfrage, wie sich die Erfassung von Erhebungen und Datengrundlagen rund um Clubkultur verbessern oder weiterentwickeln lasse.

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) äußert, bei Datenmaterial zu Clubs bestehe Nachholbedarf, denn Clubs und Musikspielstätten würden statistisch nicht gesondert erfasst. Deshalb werde man den Akteuren am Freitag auch vorschlagen, eine neue Clubstudie zu beauftragen, um einen Gesamtblick auf die Lage und aktuelleres Datenmaterial zu haben.

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) trägt vor, nach einer Mitteilung vom 18. September 2024 sei der Deep-Tech-Standort Berlin nun Teil der Digital-Hub-Initiative des BMWK. Was habe der Senat unternommen, um die Finanzierungsbedingungen für diese hochinnovativen Jungunternehmen wie die der Deep-Tech-Kategorie zu verbessern, damit diese ihre Innovationen in und um Berlin in die Serienproduktion beziehungsweise Skalierung überführen könnten.

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) betont, dass sich der Senat seit Jahren aktiv bemühe, den Deep-Tech-Standort Berlin voranzubringen. Mit dem Deep-Tech-Award und anderen Initiativen habe man erreichen können, dass der Digital Hub im MotionLab etabliert worden sei. Damit habe man für die Deep-Tech-Community einen Anlaufpunkt geschaffen, der bahnbrechende technologische Innovationen ermöglichen könne. Die Aufnahme in die Bundesinitiative sei ein großer Erfolg. Sie verweise auf das Förderprogramm ProFIT. 2023 seien 104 Projekte mit einem Zuschuss von 41,07 Mio. Euro gefordert worden. 38 Projekte hätten Darlehen über 21,15 Mio. Euro erhalten. Man habe eine EFRE-Kofinanzierung erreichen können. Der VC-Fonds umfasse mithilfe von EU-Fördermitteln 50 Mio. Euro. 2023 seien 24 Unternehmen mit einem Beteiligungskapital in Höhe von 9,1 Mio. Euro finanziert worden. In Zusammenarbeit mit der IBB werde Wachstumskapital auch in kleineren Finanzierungsrunden gangbar gemacht, um kleinere Unternehmen zu unterstützen. Im Cluster technologische Innovation werde Unterstützung bei der Bildung von Konsortien geleistet, damit man sich auf Bundes- und EU-Förderprogramme bewerben könne.

SenWiEnBe stehe zur Unterstützung von Start-ups mit zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten im ständigen Austausch mit dem BMWK. Im Februar seien weitere 1,75 Mrd. Euro aus dem Zukunftsfonds und ERP-Sondervermögen für Technologie- und Innovationsentwicklung in Deutschland zur Verfügung gestellt worden, von denen Berlin ebenfalls profitieren könne. Die WIN-Initiative umfasse 12 Mrd. Euro für Start-ups bis 2030. Insgesamt sei die Entwicklung für Berlin sehr positiv. Berlin sei Vorreiter. Hier befänden sich herausragende Unternehmen der weltweiten Technologieentwicklung mit diversen Anwendungsbereichen. Dies sei noch einmal beim Deep-Tech-Award 2024 deutlich geworden.

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) wendet ein, dass es in den letzten Jahren weniger erfolgreiche Neugründungen als zuvor gegeben habe. Deep Tech sei der Start-up-Bereich, der die Transformation auch in der Wertschöpfung vorantreiben solle. Wie viele Deep-Tech-Unternehmen habe der Senat in Berlin halten können, die ursprünglich vorgehabt hätten, woanders hinzugehen?

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) schildert, man habe in Berlin über 5 000 Start-up-Unternehmen, die ihre Geschäftsideen mithilfe von KI und Deep Tech aufbauten, was in dieser Dimension deutschlandweit einzigartig sei. Es gebe keine massenhaften Abwanderungsinteressen und auch keine Statistik darüber. Wichtig sei, dass der Bestand an Unternehmen hier bleibe und man ihnen Beratung und Unterstützung anbiete. Die Deep-Tech-Branche wachse in Berlin.

**Frank-Christian Hansel** (AfD) greift auf, dass der Bürgerrat empfehle, das Tempelhofer Feld erst mal nicht zu bebauen. Der Schaustellerverband habe einmal angeregt, dort eine Fläche für Volksfeste zu reservieren. Auf dem Tempelhofer Feld wäre beispielsweise Platz für ein Oktoberfest. Lt. Anhörung wäre dies denkbar. Wie schätze die Senatorin dies ein?

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) legt dar, eine Alternative zum Zentralen Festplatz sei derzeit in der notwendigen Größenordnung nicht vorhanden. Bei der Frage, wo die Schausteller jenseits des Festplatzes noch einen Platz finden könnten, sei das Tempelhofer Feld sicherlich ein Ort, der infrage komme. Sie stehe einer Nutzung des Vorfeldes für Volksfestaktivitäten grundsätzlich offen gegenüber, wenngleich man schauen müsse, wie es um die Lärmbelästigung für die Anwohner und die Kosten für die Schausteller stehe und an welcher Stelle des Tempelhofer Feldes man für welche Zeit etwas zur Verfügung stellen könne.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0205](#)  
Drucksache 19/1839  
**Gesetz zur Neuregelung der Immobilien- und Standortgemeinschaften**  
WiEnBe  
StadtWohn(f)
- Vorabüberweisung –
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0124](#)  
**Perspektiven für den Einzelhandel: Entwicklung der Einkaufsstraßen, Zwischen- und Nachnutzungen, Immobilien- und Standortgemeinschaften, Ladenöffnungsgesetz weiterentwickeln und rechtssicher gestalten**  
WiEnBe  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1803  
**Funktionierendes System für das Berlin-Ticket S  
entwickeln**

[0204](#)  
WiEnBe  
ArbSoz(f)  
Mobil

**Tamara Lüdke** (SPD) plädiert dafür, das bestehende System für das Berlin-Ticket S zu verbessern, um Berlinerinnen und Berlinern mit geringem Einkommen vergünstigten Zugang zum Nahverkehr zu ermöglichen. Mit Einführung einer digitalen Lösung solle die Ausstellung des Berechtigungsnachweises für das Sozialticket vereinfacht und beschleunigt werden. Dies würde nicht nur bürokratische Hürden abbauen, sondern auch eine größere soziale Teilhabe ermöglichen. Gleichzeitig sollten analoge Möglichkeiten für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung erhalten bleiben. Angesichts der Verteuerung des Deutschlandtickets ab 2025 sei das Sozialticket für viele Berlinerinnen und Berliner eine unverzichtbare Unterstützung. Es solle effizienter zugänglich gemacht werden.

**Christoph Wapler** (GRÜNE) bemerkt, in der Intention sei man sich einig, der Antrag sei aber das Ergebnis eines Trauerspiels, denn alle Versuche, den Berechtigungsnachweis einzuführen, seien gescheitert. Der Antrag sei ein Null-Antrag, weil er den Senat zu etwas auffordere, was er gefälligst zu erledigen habe. Wichtig sei, dass man baldmöglichst zu einer Lösung komme. Seine Fraktion werde sich enthalten, weil sie erwarte, dass der Senat seine Arbeit tue.

**Bürgermeisterin Franziska Giffey** (SenWiEnBe) verweist darauf, dass BVG und SenAS-GIVA an einer datenschutzkonformen Lösung arbeiteten. Die Zwischenlösung sei nicht anders möglich gewesen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme des Antrags Drucksache 19/1803 zu empfehlen.

### Punkt 4 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.